Arisierung: „Keiner hat hier was zu feiern"

Ein dunkles Kapitel deutscher Wirtschaftsgeschichte, die „Arisierung" jüdischer Unternehmen, gewinnt neue Aktualität: Kleine und große Firmen feiern ganz unbefangen den 50. Jahrestag ihrer Gründung – das Datum der „Entjudung" in der Nazi-Zeit. Die Chronisten sind dabei allzu vergeßlich. Unrecht wird verschwiegen.

Für die Düsseldorfer Horten AG, Konzerntochter des britischen Tabakmultis BAT, war es „ein gutes Ergebnis": Das „Fest der tollen Preise" im vergangenen Jahr brachte dem Kaufhaustrust 165 Millionen Mark zusätzlich in die Kasse. Der „große Jubiläumsverkauf" erinnerte an die Eröffnung des ersten Horten-Hauses vor 50 Jahren.

„Wieder ein ehemals jüdisches Unternehmen in arischen Händen", hatte damals die parteiamtliche „National-Zeitung" triumphiert, als ein neuer Besitzer das Kaufhaus der Gebrüder Alsberg in Duisburg übernahm; „Betriebsführer" Helmut Horten, 27, ließ die Belegschaft, berichtete die „National-Zeitung", zum Betriebsappell antreten.

Die jüdischen Angestellten wurden entlassen. Alsberg-Geschäftsführer Adolf Abraham entkam über Prag nach England. Alsberg, bekräftigte der „Duisburger General-Anzeiger", sei „damit ein rein arisches Unternehmen geworden".

„Mit deutschem Gruß" verkündete Horten: „Unter neuer Firma, unter neuer Leitung vorwärts, aufwärts mit der neuen Zeit."

Beim Jubiläum im Jahre 1986 war von dem alten Nazi-Kram natürlich nicht mehr die Rede. Mit feiner Hand hat der Verfasser der Festschrift „50 Jahre Horten" die Vergangenheit bewältigt.

„Das ist Horten!" hatte sich der Jungunternehmer 1936 mit ganzseitigen Inseraten im „General-Anzeiger" und in der NS-Parteizeitung vorgestellt. „Jawohl – Sie haben ganz richtig gesehen", so der Text im Original, „das Alsberg-Haus hat seinen Hausherrn gewechselt, ist in arischen Besitz übergegangen."

In der Jubelchronik ist diese Geburtsurkunde, in Faksimile dokumentiert, für den Festgebrauch entnazifiziert. Danach ging Alsberg nicht in arischen, sondern „in anderen Besitz" über. Das NS-Gütezeichen „Deutsches Geschäft" aus der Originalvorlage ließen die Horten-Chronisten aus dem Faksimile ganz verschwinden.

Der Fall ist symptomatisch. Ähnlich verlegen oder verlogen geht es auch bei anderen Unternehmen zu, die jetzt festlich in Erinnerungen schwelgen, anstatt das fatale Datum stillschweigend zu übergehen. Das ist offenbar zuviel verlangt.

Vor 50 Jahren wurden Fabrikanten, Händler und Bankiers von einem Tag auf den anderen einfach enteignet, weil sie in den falschen Kirchen beteten. Die zweifelhafte Rechtsgrundlage dafür schuf sich das braune System selbst.

Heute ist nur noch von den Leistungen der arischen Firmenmanager die Rede, auch wenn das Wort Arier ebensowenig auftaucht wie das Wort Jude. Mit einer erstaunlichen Leichtigkeit haben Firmenchefs und Manager das Unrecht aus der Geschichte ihrer Unternehmen verdrängt, ganz locker auch gehen ihre Hofschreiber über die heiklen Kapitel hinweg.

Ins breite Bewußtsein ist das, was im Hitler-Reich mit großen jüdischen Unternehmensvermögen geschah, nie gedrungen. Im Wirtschaftswunder-Rausch der Nachkriegszeit, als die Deutschen in den Erfolgen der Unternehmen ihre Selbstbestätigung fanden, wäre die Erin-

* Unten: korrigierte Fassung der Horten-Festschrift von 1986.





Kaufhausbesitzer Horten, Arisierungsanzeige von 1936*: „Unter neuer Leitung vorwärts, aufwärts mit der neuen Zeit"



Boykottaktion der NSDAP 1933
„Die Polizei schützt keine Wucherer"

nerung an die Arisierung reichlich unpassend gewesen.

Industrielle, Kaufleute und Bankiers sonnen sich heute in wirtschaftlichen Erfolgen, an deren Anfang eine Schandtat stand. Viele Namen sind darunter, die in der deutschen Nachkriegsgeschichte aufhorchen ließen: Schickedanz, Hoesch und Mannesmann, Deutsche und Dresdner Bank.

Nicht alle versuchen ihre Firmengeschichte so dreist und so plump zu fälschen wie Horten. Die meisten Unternehmen verschweigen beim fünfzigsten Jubiläum ganz einfach die jüdischen Gründerväter – vielleicht aus verdrängten Schuldgefühlen. Fälschung ist es allemal.

In Deutschland, so scheint es, hat es jüdische Unternehmen wohl kaum gegeben. Und das bundesdeutsche Wirtschaftswunder ist ja auch ohne sie entstanden.

Wer spricht schon gern von Auschwitz, wenn er seine Leistung herausstreichen will. Wird ein jüdischer Name in der Firmengeschichte überhaupt erwähnt, so eher beiläufig. Das ist quer durch die Bundesrepublik so, in kleinen wie in großen Unternehmen.

Das Modehaus L. Steffan in Worms etwa bezeichnet das Kaufhaus der Gebrüder Goldschmitt ganz wertneutral als „Vorgänger" – die Firma wurde damals arisiert.

Dezent auch umschrieb die führende Modeschmuck-Großhandlung in Frankfurt, Krucker Eurobijoux, wie „Firmengründer" Alfons Krucker vor 50 Jahren den Grundstein für den Aufbau seines Unternehmens legte. Krucker wurde damals „Gesellschafter" des Großhandelshauses Theodor Heilbronn. Der andere „Gesellschafter", der Jude Heilbronn, flüchtete vor den Nazis nach Brasilien.

Oder die Schuhfabrik Romika in Trier, die noch heute nach ihren Gründern benannt ist: Hans Rollmann, Carl Michael und Carl Kaufmann hatten 1921 die Marke „Romika" aus den beiden Anfangsbuchstaben ihrer Familiennamen komponiert.

Bei der 50-Jahr-Feier mit 2000 Mitarbeitern und zwei eigens aus Mainz angereisten Landesministern wurde Hellmuth Lemm, der 85jährige Seniorchef, der die Firma 1936 übernommen hatte, wortreich als „Gründer der Romika" gepriesen. Die Juden waren weggetüncht.

Ähnlich lief es auch in Hildesheim. Im Schottenlook dudelte eine Band der britischen Nato-Garnison fröhliche Weisen, mitten in der Hildesheimer Fußgängerzone fuhren Oldtimer aus den dreißiger Jahren auf: Requisiten zum Geschäftsjubiläum des Modehauses Fiedler.

„Man erinnert sich doch ganz gern einmal – ein halbes Jahrhundert", schwärmte die „Hildesheimer Allgemeine Zeitung". Ja, das waren Zeiten. Was mit der Witwe Regina Schoenenberg geschah, von der „Firmengründer" Wilhelm Fiedler das Modehaus Alsberg „erworben" hatte, mochte niemand mehr wissen. Frau Schoenenberg ist seit ihrer Deportation 1942 „unbekannten Aufenthalts", ihr Sohn Robert starb im KZ Mauthausen.

„Keiner hat hier ein Jubiläum zu feiern", sagt Jürgen Gehring, Vorsitzender Richter am Stuttgarter Landgericht, ganz unverklausuliert: „Die Arisierung, das war bitterböses Unrecht."

Richter Gehring hatte den „Großen Jubiläumsverkauf" des Studios Spiecker zu beurteilen. Walther Spiecker, vordem

Nicht nur stramme Nazis wurden belohnt

Geschäftsführer des Reichsverbandes der Mittel- und Großbetriebe des Deutschen Einzelhandels in Berlin, hatte 1936 das alteingesessene Kaufhaus Landauer AG in Stuttgart arisiert (SPIEGEL 42/1986).

Die Sonderveranstaltung der Firma Spiecker & Co., so Gehrings Urteil, war nach den Regeln des Wettbewerbsrechts unzulässig: Jubiläen dürfen alle 25 Jahre nur für das tatsächlich bestehende Geschäft gefeiert werden.

Es sei „verwerflich", meinte Richterin Karin Horstmann im Rechtsstreit der Firma Spiecker, „noch heute aus diesen jedem Recht hohnsprechenden Vorgängen Kapital zu schlagen".



Zerstörte jüdische Geschäfte 1938*
„Die Juden wollen Deutschland vernichten"

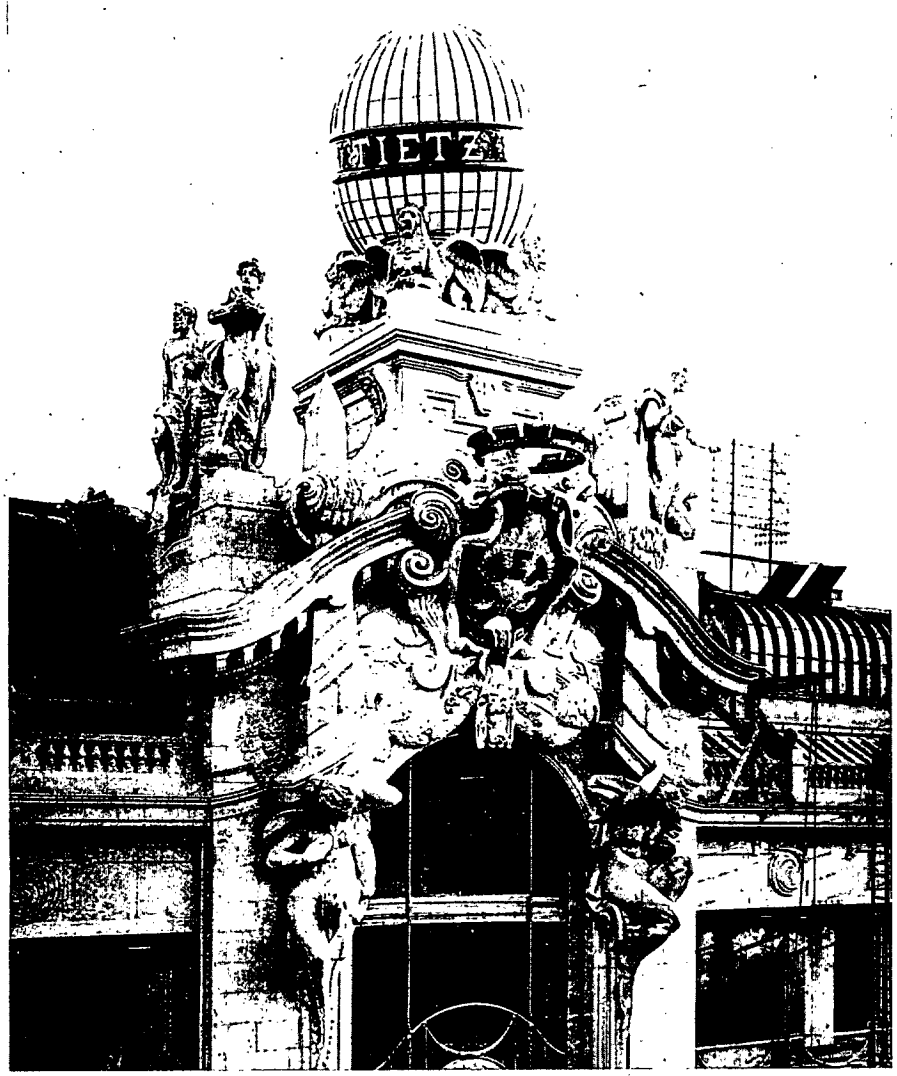
Ob es der Fischladen von Anton Schwarz in Bad Kreuznach oder das Porzellanwarengeschäft Theodor Rubel in Pirmasens war, ob es um das Schuhhaus Rosenberg in Duisburg oder die Stoff-Etage Siegmund Katz in Krefeld ging, um die Kaufhaus AG in Saarbrükken oder um ganze Stahl- und Hochofenwerke – die ordentliche Fortführung eines Geschäfts nach Besitzerwechsel war es nie.

Mit der billigen Beute wurden nicht nur stramme Nazis für ihre Treue zur „Bewegung" belohnt. Ganz andere Kreise entdeckten den Rassenwahn der herrschenden Horde als Wohlstandsfaktor: Bankiers und angesehene Geschäftsherren, deren Leumund nicht in Zweifel stand, solide Prokuristen und aufstrebende Handlungsgehilfen.

Was da hochkam, als die Jagd auf die Juden aufging, waren durchweg nicht suspekte Elemente aus den Randzonen der Gesellschaft, vielmehr vornehmlich deren legitime Repräsentanten: Opportunisten, die stramm auf ihren Vorteil aus waren und von der Angst und der Not ihrer bedrängten Mitbürger nach Kräften zu profitieren gedachten.

Die Brüder Hugo und Hermann Jacobi zum Beispiel waren hochangesehene jüdische Geschäftsleute. Ihnen gehörten in Stuttgart eine alteingesessene Weinbrennerei („Jacobi 1880") und die

* Nach der „Kristallnacht" in Berlin.



Kaufhaus Tietz in Berlin: Die Banken stoppten die Kredite



Kaufhaus-Gründer Hermann Tietz
Katastrophaler Käuferschwund nach 1933

Brauerei Englischer Garten („Stuttgarter Hofbräu").

Als die Jacobis 1935 ihre Flucht nach Amerika vorbereiteten, gedachten sie sich mit der Sektkellerei Henkell in Wiesbaden zu arrangieren. Doch da legte sich die Gauwirtschaftskammer ins Zeug und überließ einem ihrer Günstlinge, Franz Deyle, die fette Pfründe. Der arische Weinbrand-Hersteller geriet jedoch bald in Vergessenheit.

Mehr Glück hatte Wäscheversender Gustav Schickedanz. Der „Quelle"-Chef war bereits vor 1933 NSDAP-Mitglied geworden und saß für die Nazis im Fürther Stadtrat. Als die jüdische Fabrikantenfamilie Rosenfelder nach England auswanderte, war der Versandhändler der richtige Mann, die Vereinigten Papierwerke Rosenfelder („Camelia", „Tempo") zu übernehmen.

Immer mehr fanden immer weniger dabei, ungeniert zuzugreifen. Rasch und regelmäßig nahm die Zahl der arisierten Betriebe zu. Ende 1937 erreichte sie im „Altreich" eine Größenordnung von 30 000.

Später wurde, bis zur „Zwangsentjudung", mehr liquidiert als arisiert. Der Grund: Es hatte zunehmend Ärger gegeben, weil die Unternehmen, die in der Regel zu Spottpreisen den Besitzer wechselten, dank dieses Wettbewerbsvorteils dann den Konkurrenten oft härter zusetzten als vorher unter jüdischer Geschäftsleitung.

Das „Judenlegen" hatte gleich nach der Machtergreifung der Nazis Ende Januar 1933 begonnen. Von der klassenlosen „Volksgemeinschaft" ihres sogenannten Dritten Reichs waren die Juden, wie es das Programm der NSDAP befahl, von vornherein ausgeschlossen.

Kommunisten und Sozialdemokraten, laut Hitler die „marxistische Kampftruppe des internationalen jüdischen Börsenkapitals", waren als erste in die neuartigen Konzentrationslager verschwunden. Für die braunen Bataillone war damit die wilde Zeit der Straßenschlachten vorbei, der „Bewegung" drohte die innere Erstarrung.

Doch da waren noch die „Rassenfeinde". Gegen sie entlud sich nun, gemäß dem jahrelangen „Juda, verrecke!" der NS-Agitation, der Aggressionsstau in blankem Terror.

Mehr denn je zuvor wurden die Häuser jüdischer Ärzte und Anwälte mit antisemitischen Parolen beschmiert, vielerorts im Reich demolierten uniformierte Rollkommandos die Schaufenster von Warenhäusern und jüdischen Geschäften. Strafe brauchten sie nicht zu befürchten.

In der Wormser City etwa hatte der braune Mob die vier Schaufenster des Möbelhauses Scheiering mit Pistolenschüssen und Steinwürfen zertrümmert. Statt gegen die Rechtsbrecher vorzugehen, ließ die Polizei kurzerhand Geschäfte und Warenhäuser von Juden in der ganzen Stadt für zwei Tage schließen.

„Ich lehne es ab, daß die Polizei eine Schutztruppe jüdischer Warenhäuser ist", hatte Hermann Göring, der Chef der preußischen Polizei, bei einer Massenveranstaltung in Essen verkündet. Seine Leute seien „nicht dazu da, die Gauner, Strolche, Wucherer und Verräter zu schützen" – die Juden.

Die Entrechtung vollzog sich in den Formen des herkömmlichen Rechts. Nach dem Brand des Reichstags am 27. Februar 1933, die Glut war noch nicht erloschen, setzte die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat" die in der Weimarer Verfassung garantierten Grundrechte außer Kraft. Das neue Recht legalisierte in sechs dürren Paragraphen jede Willkür, von der Postzensur und Haussuchung bis zur Festnahme nach Gutdünken und KZ-Einweisung ohne Urteil.

SA und SS besetzten die Kaufhaus-Eingänge

Nach der paranoiden Logik der Nazis mußten sich Deutsche gegen Angriffe der Juden zur Wehr setzen. „Juda erklärt Deutschland den Krieg", schlug Hitlers „Völkischer Beobachter" Alarm. „Boykottiert die Juden!" forderte das Kampfblatt in grellroter Schlagzeile.

„Entweder das Weltjudentum stellt sofort sämtliche Anschläge auf die deutsche Aufbauarbeit ein", drohte der Reichsminister für Volksaufklärung und

Propaganda, Joseph Goebbels, „oder der Boykott setzt mit aller Schärfe ein und wird dann dazu führen, daß das Judentum in Deutschland moralisch und geschäftlich erledigt ist."

Es gab gar kein Entweder-Oder: Der zentral gesteuerte Boykott der jüdischen Unternehmen, Arzt- und Anwaltspraxen war längst beschlossene Sache.

Schon im Februar 1933 waren SA- und SS-Männer zur „Entlastung der ordentlichen Polizei in Sonderfällen" zu Hilfspolizisten ernannt worden. Der Sonderfall war am 1. April 1933 da. Gehorsam, wie befohlen, besetzten die braunen und schwarzen Hilfspolizisten, auch assistiert von deutschnationalen „Stahlhelm"-Kameraden, die Eingänge jüdischer Geschäfte und Warenhäuser.

„Die Juden aller Welt wollen Deutschland vernichten!" lauteten auf Schildern und Plakaten die Parolen: „Deutsche, verteidigt Euch gegen die jüdische Greuelpropaganda. Kauft nur bei Deutschen!" Oder: „Deutsche! Wehrt Euch! Kauft nicht bei Juden!"

Im Kaufhaus Alsberg in Duisburg wurden Kunden, die trotzdem Zutritt begehrten, photographiert und namentlich erfaßt. Im Kaufhaus Schocken in Nürnberg wurden sie beschimpft, angespuckt oder gar tätlich angegriffen. Ähnlich ging es überall zu.

Mit der „Judenfrage" gedachte Adolf Hitler den Deutschen den „großen, einigenden Kampfgedanken zu schenken". Doch die „große stupide Hammelherde unseres schafsgeduldigen Volkes", wie der Führer formulierte, wußte davon noch nichts.

So mußte in München der schlagartige Beginn des „Abwehr"-Boykotts einen Tag vorgezogen werden. Das wurde, so der „Völkische Beobachter" in dem Lokalbericht, „durch die Unvernunft eines Teiles des Publikums notwendig, das sein sauer verdientes Geld den Volksfeinden und hinterlistigen Verleumdern geradezu aufdrängte".

Diese „Volksgenossen" seien „von den SA-Posten in höflichster Weise über die Gefährlichkeit und Niedertracht des Juden aufgeklärt" worden, hieß es in dem Artikel. „Mit Gewalt wurde niemand daran gehindert, sein gutes deutsches Geld den Rassefremden nachzuwerfen, jedoch waren Käufer verschwindend geringe Ausnahmen. Ihre Namen wurden in den meisten Fällen festgestellt."

Die Bevölkerung, das läßt der Text erkennen, reagierte nicht nach Wunsch, mit dem schäumenden Volkszorn war es

„Die Wogen der nationalen Erregung gingen hoch"

nicht weit her. Also korrigierte der „Völkische Beobachter" die peinliche Panne zwei Tage danach mit einem neuen Frontbericht.

Unter der Überschrift „München im Zeichen des Abwehrkampfes gegen die jüdische Greuel- und Boykotthetze" war im NS-Zentralblatt jetzt zu lesen: „Überall herrscht freudige Zustimmung zu den energischen Abwehrmaßnahmen, die nun endlich ergriffen wurden. Fast hat man den Eindruck, daß die Posten mehr zum Schutz der Geschäfte da waren, so hoch gingen die Wogen der nationalen Erregung."

Der Terror wirkte. Die arischen Volksgenossen wurden durch die Demonstration der Gewalt gehörig eingeschüchtert und die Juden von der übrigen Bevölkerung weitgehend isoliert.

Weil die „Waffe des Abwehrboykotts durch allzu häufige Anwendung nur stumpf" würde, befand Propagandaminister Goebbels, müsse der „Einfluß der deutschen Juden durch ganz andere, schrittweise Maßnahmen begrenzt werden".

Die Skala reichte von der permanenten Kunden- und Lieferantendiskriminierung bis zur völlig geräuschlosen Erpressung: Kreditlinien wurden gekürzt oder nicht verlängert und Rohstoffkontingente oder Importlizenzen gestrichen.

Unternehmen mußten jüdische Mitarbeiter entlassen. Karstadt etwa konnte es sich „nicht leisten, in Gestalt der jüdischen Angestellten dauernd Unruheherde im Betrieb zu haben", wie der Warenhauskonzern in zahlreichen Kündigungsprozessen mit Erfolg vortrug. Die Dresdner Bank entließ auf einen Schlag mehr als 100 Juden.

Kleine „Führer" ergriffen allenthalben die Macht auf eigene Faust. Im Ullstein Verlag riefen sie zum Streik auf gegen die weitere Beschäftigung jüdischer Kollegen. In Berlin, Hamburg und Kiel dekorierten Bedienstete der Epa Einheits-Preis AG, einer Karstadt-Tochter, die Schaufenster mit Plakaten: „Wir Epa-Angestellten fordern den Rücktritt des jüdischen Vorstandes, wir wollen ein deutsches Unternehmen sein."

„Im Interesse des Unternehmens und der Gesamtheit seiner Angestellten- und Arbeiterschaft" traten im Kaufhauskonzern Leonhard Tietz sämtliche jüdischen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder freiwillig zurück. Beim Warenhaus Schocken in Nürnberg verhaftete der Betriebsrat mit SA-Hilfe kurzerhand die Direktion und sperrte sie ein.

Blockwarte und Zellenleiter, die Spitzel des NS-Systems, denunzierten jeden, der bei Juden kaufte. Beamten, auch wenn nur deren Familienmitglieder bei



Kaufhaus Wertheim in Berlin: Der Firmengründer mußte gehen, die Deutsche Bank besetzte die Führung

der Untat erwischt wurden, drohte die Entlassung.

„Die Juden sind unser Unglück", stand als Ziersprüch über den Holzkästen, in denen auf Straßen und Plätzen das Radaublatt „Der Stürmer" ausgehängt war. An diesen Schandtafeln wurde jeder angeprangert, der sich irgendwie mit Juden abgegeben hatte.

Dem neuen Management der Porzellanfabrik Rosenthal war das nicht genug. Bald nach der braunen Machtergreifung wurde der Generaldirektor Geheimrat Philip Rosenthal, der Gründer, durch einen Arier-Vorstand ersetzt. Der „Stürmer"-Kasten am Stammwerk in Selb enthielt eine Liste aller Judengeschäfte, in denen bei Strafe der Entlassung kein „Rosenthaler" einkaufen durfte.

Der Raiffeisenverband ließ sich von den Genossenschaften die Bauern melden, „die nach wie vor mit Juden handeln". Die Generalversammlung der Molkereigenossenschaft Hoherodskopf am hessischen Vogelsberg beschloß einstimmig, jedes Mitglied auszustoßen, das „mit Juden in geschäftliche Beziehungen tritt". Der Erfolg blieb nicht aus. Von 360 jüdischen Viehhändlern in Kurhessen war Ende 1937 keiner mehr da.

Auf Anordnung von braunen Potentaten durften öffentliche Aufträge nur noch „Unternehmen des guten alten Mittelstandes und christlichen Geschäften" zukommen. Büromaschinenwerke wie Adrema, Francotype oder Mercedes, klagte Hugo Gutmann, Inhaber einer Großhandelsfirma für Büroeinrichtungen in Nürnberg, „waren gezwungen, mir sofort die Vertretungen zu entziehen, ebenso verlor ich alle Behördenaufträge".

Bei den ICAS Schuhfabriken in Frankfurt tendierte der Umsatz gegen null, weil die bisherigen Kunden ablehnten, weiter mit der Judenfirma zu arbeiten. Der Ada-Ada-Schuh AG in Höchst wurde die Zuweisung von Rohleder gesperrt.

Die Rassengesetze waren nur Vorwand

Selbst die AEG, vermerkt der Geschäftsbericht, litt „eine Zeitlang unter einem gewissen Boykott" – AEG-Gründer Emil Rathenau war Jude. Stolz berichtete der Vorstand: „In Verhandlungen mit der NSDAP ist es gelungen, festzustellen, daß die AEG keine jüdische Firma ist." Rathenau war seit 1915 tot.

Um ja nicht mit Juden verwechselt zu werden, empfahlen sich Firmen wie etwa der Wäscheversand Quelle als „rein deutsches, christliches Unternehmen". Hettlage stellte den Firmengründer als „kerndeutschen Kaufmann" vor. Karstadt plakatierte „Deutsches Geschäft". Woolworth beteuerte: „Dieses Geschäft ist ein rein arisches Unternehmen." Die Prädikate deutsch, arisch, christlich durften nur mit Genehmigung der Partei geführt werden.

Fritz Ries, der spätere Herr des Pegulan-Konzerns, übertraf alle. Als er nach vielen anderen Firmen auch die Miguin-Gummiwaren GmbH arisiert hatte, versah er die „Miguin"-Präservative mit dem erhellenden Zusatz „Jetzt arisch!".

Karl Joel in Berlin, dessen Versandunternehmen der jugendliche Josef Nekkermann arisierte, wurden Konflikte mit den Devisengesetzen nachgesagt. Der Bankier Richard Kohn, der im Nürnberger Stadtrat als Demokrat gesessen hatte, kam unter dem Vorwand der „Rassenschande" in U-Haft. Die regional bedeutende Privatbank wurde liquidiert.

Oder es wurde Judenvermögen unter dem Verdacht von Steuerdelikten oder anderen Straftaten konfisziert. So wechselte die Waffenfabrik Simson in Suhl/Thüringen gegen Verrechnung mit den ihr angelasteten angeblichen Schulden 1935 zum Nullpreis den Besitzer. Arthur Simson konnte sich, zu den Verkaufsverhandlungen aus der Haft entlassen, mit knapper Not in die Schweiz retten.

Freiwillig hatte sich auch der Ignaz-Petschek-Konzern von seinen Braunkohle-Bergwerken in Mitteldeutschland nicht trennen wollen – sie wurden arisiert. Friedrich Flick und die Reichswerke Hermann Göring teilten sich die Beute. Ihr Wert, 200 Millionen Reichsmark, wurde gegen eine behauptete Steuerschuld von 300 Millionen Reichsmark aufgerechnet.

Dabei waren die „ehernen" und „ewigen" Rassengesetze nur Vorwand. Über sie setzte sich das Regime mit Willkür hinweg, wann immer es opportun erschien.

Hugo Junkers zum Beispiel, der Pionier des Ganzmetall-Flugzeugbaus, dem die legendäre Ju 52 („Tante Ju") zu danken ist, verweigerte den Nazis die Zusammenarbeit und wurde 1934 nach der Reichstagsbrand-Verordnung zum Schutz von Volk und Staat unter Androhung der Verhaftung wegen Landesverrats zur Aufgabe gezwungen. Friedrich Flick delegierte einen seiner Manager an die Spitze der Junkers-Werke.

Dabei war Hugo Junkers gar kein Jude. Der ehemalige Junkers-Direktor hingegen, der Karriere gemacht hatte und seinem früheren Chef nun eröffnete, er gehöre „an die Wand gestellt", war Nichtarier: Erhard Milch, Hermann Görings Luftfahrt-Staatssekretär.

Bei den Messerschmitt-Werken in Augsburg kam damals das Gerücht auf, Göring-Intimus Milch sei Halbjude. Da verwandelte Göring Milch in Bier.

Auf Geheiß des Reichsministers mußte die Mutter seines Staatssekretärs an Eides Statt erklären, nicht der jüdische



Versandhändler Schickedanz*
„Rein deutsches, christliches Unternehmen"



Schickedanz-Werbung*: Nach Auswanderung zur Übernahme frei

* Oben: 1971 an der elektronischen Lagerbestandskontrolle des Quelle-Versandes; unten: für ein Produkt der arisierten Firma Vereinigte Papierwerke Rosenfelder.

Apotheker Anton Milch sei der Vater, sondern ein Baron Hermann von Bier. Göring verbot jede weitere Erörterung der Affäre.

Zu denen, die aus den Verbrechen an der jüdischen Minderheit kräftig Gewinn zogen, gehörten vor allem auch die deutschen Banken. Zwar hatten die Nationalsozialisten 1930 im Reichstag noch verlangt, das „gesamte Vermögen der Bank- und Börsenfürsten . . . zum Wohle der Allgemeinheit des deutschen Volkes" entschädigungslos zu enteignen. Aber ernst gemeint war das offensichtlich nicht.

In Wahrheit waren die „Bank- und Börsenfürsten" bereits hinter die braunen Marschkolonnen eingeschwenkt. Emil Georg von Stauß, Vorstand der Deutschen Bank, gehörte zu diesen Profiteuren der politischen Verhältnisse.

Der neue Geschäftszweig, die „Entjudung der deutschen Wirtschaft", entwikkelte sich für die Banken rasch und war äußerst lukrativ. Zuerst brachte die Vermittlung der durch den Nazi-Boykott schwach gewordenen Judenfirmen an die Günstlinge des Regimes staatliche Provisionseinnahmen. Zusatzprofit trugen sodann die Kredite ein, die den oft mittellosen Aufkäufern – politisch zuverlässigen Volksgenossen – freigebig bewilligt wurden.

Vor allem aber sprangen die Banken auch selbst ein, wenn jüdische Geschäftsleute ihre Unternehmen aufgeben mußten. In den paar Jahren des Nazi-Reiches rafften die Geldmanager einen beachtlichen Beteiligungsbesitz zusammen, der ihren Bilanzen noch lange nach dem Ende der Nazi-Herrschaft zur Zierde gereichte.

Zunächst waren da die jüdischen Privatbanken. Die hatten unter der Nazi-Verfolgung doppelt zu leiden: Sie verloren nicht nur ihre arischen Kunden, die nolens volens die Geschäftsverbindungen abbrachen, sondern auch ihre jüdische Klientel, die unter dem Boykott zunehmend litt und schließlich arisiert wurde.

Allein ihr Verantwortungsbewußtsein, so möchte die Branche heute glauben machen, habe die Großbanken gezwungen, ihren in Bedrängnis geratenen jüdischen Kollegen zur Hilfe zu eilen. Reihenweise vereinnahmten sie deren Geschäfte.

Die Dresdner Bank, damals die Nummer eins, legte sich feine Häuser wie Hardy oder S. Bleichröder und Gebrüder Arnhold zu, die Diskont- und Kredit AG oder die Bank für Brau-Industrie. Die Deutsche Bank nahm erste Adressen wie Mendelssohn oder Philipp Elimeyer in ihre Obhut, half in Berlin auch Jaquier & Securius arisieren.



Pegulan-Chef Ries
Arische Präservative



Versandhändler Neckermann: Nach acht Jahren verklagt

Merck, Finck & Co. in München führte das Berliner Bankhaus Dreyfus & Co. als Filiale weiter und war auch dabei, als der Prokurist Otto Burckhardt in Essen die traditionsreiche Privatbank Simon Hirschland arisierte. Von den 1350 – meist jüdischen – Privatbanken, die es Ende 1932 im Deutschen Reich gab, waren 1945 nur noch rund 300 übrig.

Doch nicht nur die feinen jüdischen Privatbanken fanden das Interesse der großen Geldhäuser. Das Hotel Kempinski in Berlin ging in Bankbesitz über, bei der Süddeutschen Zucker AG wurde die nichtarische Aktionärsgruppe Flegenheimer-Montesi entfernt. Nachdem ihnen Karstadt schon gehörte, usurpierten die Banken nun auch noch die anderen Großkaufhäuser.

Der Warenhauskonzern Leonhard Tietz hatte nach „katastrophalem Käuferschwund" 1933/34 den ersten Verlust in seiner mehr als fünfzigjährigen Firmengeschichte erlitten. Da waren als Nothelfer die Deutsche, die Commerzbank und die Dresdner Bank sofort zur Stelle.

Erst nannten sie die Firma „Westdeutsche Kaufhof AG vormals Leonhard Tietz". Aber noch ehe Göring sein Mißfallen an der Fortführung des Judennamens kundgetan hatte, kam ihm die

Die Arisierung förderte die Konzentration

Kaufhof-Hauptversammlung, bestehend aus den drei Banken, zuvor und strich den Zusatz „vormals Leonhard Tietz".

Herbe Verluste mußte auch „der größte Warenhauskonzern Europas in Eigenbesitz", wie sich die Hermann Tietz OHG bezeichnete, durch den braunen Boykott hinnehmen. Er hatte den Jahresumsatz von 300 Millionen Reichsmark glatt halbiert.

Dennoch dachte die Familie Tietz ganz und gar nicht an Verkauf. Erst als ihr die Kredite nicht verlängert wurden, mußte auch sie kapitulieren. Die Dresdner und die Deutsche Bank fanden dadurch Eingang in den Aufsichtsrat eines Unternehmens, das sich bis dahin immer ihrer Kontrolle entzogen hatte.

An die Spitze des nun arischen „Hertie"-Konzerns, in dessen Namen Hermann Tietz verstümmelt weiterlebt, beriefen die Banken den Textileinkäufer Georg Karg. Im vergangenen Jahr feierte ihn die „Stuttgarter Zeitung", sonst gut informiert, als „Firmengründer".

Beim Kaufhaus Wertheim in Berlin hatte Georg Wertheim gehen müssen, an seine Stelle trat Emil Georg von Stauß von der Deutschen Bank. Georg Karg verleibte die fünf Wertheim-Häuser seinem Hertie-Konzern 1952 ein.

Auch der Horten-Konzern entstand auf den Trümmern jüdischer Existen-

zen. Nach Arisierung des Kaufhauses Alsberg übernahm Horten auch das Textilhaus Hess in Wattenscheid sowie ehemals jüdische Firmen in Ostpreußen.

Die Arisierungswelle förderte die wirtschaftliche Konzentration, weil bedeutende jüdische Firmen zumeist von größeren Unternehmen geschluckt wurden. Das Frankfurter Lebensmittel-Filial-Unternehmen Schade & Füllgrabe etwa, das weit über Hessen hinaus Verbrauchermärkte auch in Sachsen betrieb, wurde nicht etwa unter viele kleine Mittelständler aufgeteilt. Seit die jüdischen Besitzer, die Familie Halberstadt, 1936 in die USA flohen, gehört Schade zum Imperium der Neusser Industrie- und Handelsdynastie der Werhahns.

Reinrassige Tabakkonzerne sogen die 70 jüdischen Zigarrenfabriken in Süddeutschland auf. Die Bremer Tabak- und Zigarettenfabrik Martin Brinkmann AG arisierte die 50 Betriebe der Zigarrenfabrik I. Neumann AG mit 2800 Leuten.

In der Schuh- und in der Lederindustrie hatte es vor 1933 viele Mittelbetriebe gegeben. Aus ihnen entstanden durch massenhafte Arisierungen Konzerne wie Freudenberg und Salamander, die dann die bislang getrennten Sparten Leder und Schuhe zusammenfaßten.

Die Konzerne der Schwerindustrie bauten auf Kosten der Juden zügig ihren Metallhandel aus. Die Dortmunder

„Millionen kleiner Geschäfte auf Gegenseitigkeit"

Hoesch AG etwa arisierte im Konsortium mit Mannesmann die Stern AG in Essen, ein im Schrott- und Eisenhandel schwergewichtiges Unternehmen.

Mannesmann mauserte sich in wenigen Jahren, analysiert der Wirtschaftspublizist Günter Keiser, vom Spezial- zum Vollkonzern. Die Produktionspalette, vorher nur auf Röhren- und Blecherzeugung spezialisiert, reichte bald vom Hochofen und Profileisenwalzwerk bis zum Rohrleitungsbau. Mit der Wolf, Netter & Jacobi KGaA erweiterte Mannesmann die Produktion um Blechwalzwerke, Verzinkerei, Stahl- und Blechbau in fünf Werken.

Die Übernahme der Hahnschen Werke nahe Duisburg, die zunächst in Stahl- und Walzwerk Großenbaum AG umgetauft wurden, brachte Mannesmann auch die wertvollen Hahnschen Beteiligungen: die Kammerich-Werke AG in Brackwede (Röhrenpreßteile für Automobile) und in Berlin die Franz Seifert & Co. AG (Hilfseinrichtungen für Kesselanlagen, Armaturen, Hochdruckröhren), die Gesellschaft für Hochdruckrohrleitungen und die Werkzeugmaschinenfabrik Richard Weber.

Bei der Arisierung der Hahnschen Werke in Duisburg war Friedrich Flick die treibende Kraft. Er war auch der Hauptgewinner.

Es war die größte Transaktion neben der Ausplünderung des Braunkohlenreichs der Petscheks, als die Nazis Prag nahmen, und auch die abgefeimteste. Dabei handhabte Flick die politischen Möglichkeiten in der Art, wie Bankräuber sich des Schneidbrenners bedienen.

Friedrich Flick hatte es auf die Hochofenwerk Lübeck AG abgesehen, deren Besitzer zu fast 90 Prozent Juden waren. Das größte Paket Lübeck-Aktien, rund 45 Prozent, gehörte der Familie Hahn, ein Drittel der Berliner Erzimportfirma Rawack & Grünfeld.

Über Rawack & Grünfeld stieg Flick ein. Vorab gab er den Juden den „freundschaftlichen Rat" (Flick Mitte November 1937), an ihn zu verkaufen. Sonst könnten sie wegen der Umgehung



Reichsminister Göring (r.), Staatssekretär Milch (l.): Es war nicht der Apotheker

von Devisenvorschriften gewisse Unannehmlichkeiten bekommen.

Als das wenig Eindruck machte, half eine von Göring im Juli 1937 neu geschaffene Behörde nach: Der „Generalbevollmächtigte für die Eisen- und Stahlbewirtschaftung im Vierjahresplan" kündigte Rawack & Grünfeld den Entzug der Importlizenz an. Da lieferte die Firma, von dieser Mitteilung „stark beeindruckt", ihre Lübeck-Aktien an Flick ab.

Nun fehlten Flick zur qualifizierten Mehrheit bei Lübeck noch die Aktien der Familie Hahn. Also drohte der Generalbevollmächtigte Ende November 1937 dem Rudolf Hahn, seinen Stahl- und Walzwerken das Rohstoffkontingent zu streichen, wenn die Hahns nicht ihr Lübeck-Aktienpaket herausrückten – da war Flick am Ziel.

Zwar hatte Rudolf Hahn als eine Art Gegenleistung von Berlin eine „Schutzerklärung" bekommen, aber die war nichts wert. Anfang 1938, als ihre Werke erneut von den Rohstofflieferungen abgeschnitten werden sollten, verkaufte Hahn an die Mannesmann-Röhrenwerke, deren Generaldirektor Wilhelm Zangen zum Leiter der Reichsgruppe Industrie aufstieg.

Die Hahns verließen Deutschland. Daß ihnen gestattet wurde, immerhin 25 Prozent des Erlöses ins Ausland mitzunehmen, gehört zu den ganz raren Ausnahmen. Im Restitutionsverfahren bekam die Familie 1952 zur Wiedergutmachung 55 Prozent der Aktien zurück.

Als Rudolf Hahn 67jährig in England starb, beklagte die Mannesmann AG in ihrer Todesanzeige „den Verlust eines Mannes, der mit unserem Unternehmen über die Hahnschen Werke und die Kammerich-Werke Jahrzehnte hindurch auf das engste verbunden war".

Der Lübeck-Coup ist dank des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses als Paradestück der Arisierungsgeschichte lückenlos dokumentiert. Friedrich Flick wurde zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Als er 75 wurde, beglückwünschte ihn Bundeskanzler Konrad Adenauer im Namen der Republik zu seinem „großen und staunenswerten Lebenswerk".

Den Unternehmern, die damals so staunenswerte Taten auf Kosten der Juden vollbrachten, kamen um so weniger Skrupel, als sie sich auf die desolate Lage der rassisch Verfemten berufen konnten. Je trostloser sie wurde, um so dringlicher der Wunsch der Juden, ihre Habe zu verkaufen und sich außer Landes zu retten.

Dabei waren die Verfolgten naturgemäß auf die Mitwirkung der sogenannten

Arier angewiesen. Nur zu gerne verstanden sich die Arisierer daher als Helfer in der Not.

Als Rudolf Loeb, Inhaber des Bankhauses Mendelssohn & Co. in Berlin, nach dem Tod des hochgeachteten Seniorchefs Franz von Mendelssohn nicht mehr weiterwußte, wurde er bei Hermann Josef Abs von der Deutschen Bank mit der Bitte um Arisierung vorstellig. Die Deutsche Bank tat ihm den Gefallen.

Auch den Eigentümern der Lederwerke Adler & Oppenheimer AG erfüllte die Deutsche Bank bereitwillig den Wunsch, entjudet zu werden. Abs war Aufsichtsratsvorsitzender der Firma.

Nicht selten erhoben die Arisierer am Ende gar den Anspruch, Wohltäter der Bedrängten gewesen zu sein. Willy Kaus beispielsweise, damals Herr des Metzeler-Konglomerats, wollte die Valenthin Mehler AG in Fulda nur übernommen haben, „um nichtarischen Freunden zu helfen". Doch dann, als der braune Spuk vorüber war, mußten die Erben des Mehler-Vermögens sich erst auf einen langwierigen Prozeß einlassen, um die Rückgabe des Unternehmens zu erzwingen.

Gewiß hatte es auch Absprachen gegeben, das Eigentum jüdischer Emigranten treuhänderisch zu verwalten, um es später unversehrt zurückzuerstatten, obwohl eine Verordnung 1938 „die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe" ausdrücklich unter Strafe stellte. Aber Abreden, die Bestand hatten, erwiesen sich als selten.

So arisierte Konrad Adenauers Intimus Robert Pferdmenges das Kölner Bankhaus Sal. Oppenheim jun. & Cie., dessen Teilhaber er war. Nach Kriegsende, 1947, verwandelte er die Privatbank Pferdmenges & Co. wieder in die Oppenheim-Bank.



Bankier Pferdmenges (1931)
Verläßlicher Platzhalter



Bankier Abs
Der Bitte um Arisierung nachgegeben

Auch der Hamburger Bankier Max Warburg, der Deutschland erst Anfang 1938 verließ, fand in seinen Generalbevollmächtigten Rudolf Brinckmann und Paul Wirtz verläßliche Platzhalter. Sie gaben die Warburg-Bank, die von 1941 an als „Brinckmann, Wirtz & Co." firmierte, nach 1945 klaglos an die Warburgs zurück.

„Überall boten die Verfolger den Verfolgten an, ihnen Stellungen oder Vermögen zu retten, sofern sie sie nur daran teilnehmen ließen, und die ganze völkische Revolution, sah man genauer hin, zerfiel in Millionen kleiner Geschäfte auf Gegenseitigkeit", schrieb Lion Feuchtwanger im Exil. „Viele unter den neuen Herren suchten Rückendeckung bei den jetzt Verfolgten für den Fall des Zusammenbruchs."

So war es im Roman, nicht in der Wirklichkeit. Die Arisierer setzten auf Sieg.

Es ist keine Frage, was Abreden über Scheinarisierungen nach dem „Endsieg" wert gewesen wären. Doch selbst unter dem Restitutionsrecht der Alliierten, das die Profiteure nach dem Zusammenbruch des Nazi-Reiches zur Wiedergutmachung zwang, war es für Juden oft schwer, zu ihrem Recht zu kommen.

Der Streit zwischen den Verlegern Suhrkamp und Fischer ist ein typisches Beispiel.

Gottfried Bermann Fischer hatte den S. Fischer Verlag seinem Redakteur Peter Suhrkamp anvertraut, als er 1936 ins Exil ging. Der „Treuhänder" arisierte die Firma unter seinem Namen.

Für die Umgründung fand Peter Suhrkamp illustre Arisierungshelfer, so Hermann Josef Abs, damals noch Teilhaber des Berliner Bankhauses Delbrück, Schickler & Co., das seit der Arisierung nur noch Delbrück heißt, und Philipp Fürchtegott Reemtsma, den Hamburger Zigarettenfabrikanten. Reemtsma war Großkunde der Delbrück-Bank, zugleich als Großaktionär und Aufsichtsrat ein wichtiger Mann auch bei der Deutschen Bank.

Es war für den Verleger Bermann Fischer eine schlimme Enttäuschung, als er 1949 bei seinem „guten Freund" Suhrkamp die Rückgabe des Treuguts anmahnte. „Da folgte eine Explosion", erinnert sich der Emigrant: „Da schrie er mich an, er denke gar nicht daran, den Verlag an uns zurückzugeben." Den Angestellten verbot Suhrkamp, irgendwelche Anweisungen des Altverlegers zu befolgen.

Suhrkamps „strikte Weigerung", so der Verleger, zwang Bermann Fischer zu einem „für mich sehr unangenehmen Schritt": Erst nach der Androhung des Rückerstattungsprozesses nach Alliierten-Recht gab Suhrkamp die Fischer-Verlagsrechte heraus.

Auch andere Arisierer hatten es nicht eilig, an den Juden wiedergutzumachen, was ihnen an materiellem Ungemach zugefügt wurde. Karl Joel zum Beispiel wartete in New York „während acht langer Jahre" (Joel), daß ihm Versandhändler Josef Neckermann „irgendeine Mitteilung zukommen lasse", wann er sein Eigentum wiederbekäme. Er mußte ihn schließlich verklagen.

Neckermann hatte im heimatlichen Würzburg im Alter von 23 Jahren das Kaufhaus Ruschkewitz samt dem dazugehörigen Kleinpreisgeschäft und später noch das Textilfachgeschäft Vetter entjudet. Die Tips kamen von der Dresdner Bank.

Die von der Dresdner arisierte Hardy-Bank diente dem Jungkaufmann dann in Berlin die jüdische Wäschemanufaktur Karl Joel an. Im Versandhandel war sie

In den Ostgauen war noch viel zu tun

nach Witt und Quelle die Nummer drei. Beim Verkauf an Neckermann kam für Joel nichts herum. Er retirierte in die Schweiz, der Erlös war bei der Hardy-Bank blockiert.

Als Versandhändler Neckermann 1950 mit dem Geld von Willy Kaus (Metzeler) und dann von Friedrich Flick frisch gestartet war, brachte sich Karl Joel bei dem „Preisbrecher der Nation" in Erinnerung. Der Restitutionsprozeß führte 1955 zu einem Vergleich und kostete Neckermann zwei Millionen Mark.

Sein ehemaliges Geschäftsvermögen bewertete der Berliner Versandkaufmann Joel „vorsichtig" mit 3,6 Millionen Reichsmark, den Netto-Nutzen mit jährlich 1,5 bis zwei Millionen Reichs-

mark. Josef Neckermann hatte seinerzeit als Kaufpreis lediglich eine Million Reichsmark entrichtet.

Juden hatten sich in den dreißiger Jahren mit jeder Offerte, selbst der lächerlichsten, zufriedenzugeben. Verhandlungen über Preise und Konditionen liefen ins Leere, weil die Position der Verkäufer mit wachsendem politischen Druck zunehmend haltloser wurde. Schließlich mußten sie froh sein, daß sie überhaupt noch etwas bekamen.

Für den Ullstein Verlag, den Goebbels zum „Deutschen Verlag" arisieren ließ, wurden den Ullsteins zwölf Millionen Reichsmark gutgeschrieben. Der Aktienwert betrug rund 60 Millionen Reichsmark.

Um die Rückgabe des hochmodernen Druckhauses Tempelhof, in dem das Goebbels-Blatt „Das Reich" von der



Industrieller Flick*: Glückwunsch vom Bundeskanzler

Rotation lief, mußten die Ullstein-Erben bis 1952 prozessieren. Dann verkauften sie den Verlag an Axel Springer.

Anfang 1938 drängte Göring darauf, die „Judenfrage in der Wirtschaft" einer „endgültigen Lösung" zuzuführen. Sie begann im April mit der Verordnung über die Anmeldung aller jüdischen Vermögen von mehr als 5000 Reichsmark.

Diese Erfassung sollte, so erläuterte Paragraph sieben, „den Einsatz des anmeldepflichtigen Vermögens im Einklang mit den Belangen der deutschen Wirtschaft sicherstellen". Der „Völkische Beobachter" fand es „nur richtig, daß dafür gesorgt wird, daß auch diese jüdischen Vermögen zum Wohle des gesamten Volkes benutzt werden".

Deutlicher wurde AA-Staatssekretär Ernst von Weizsäcker. Das gesamte jüdische Kapital in Deutschland, erläuterte er deutschen Botschaften im Ausland, gehöre rechtmäßig dem deutschen Volk, weil die Juden es nicht auf redliche Weise erworben haben konnten.

Für die ihnen auferlegte „Sühneleistung" von einer Milliarde Reichsmark mußten die Juden von allen meldepflichtigen Vermögen ab 5000 Reichsmark an die Finanzämter 20 Prozent abliefern. Zum Vermögen gehörten Immobilien.

Mit der Zwangsentjudung der letzten Betriebe ging für die Banken das Arisierungsgeschäft im „Altreich" zu Ende. Zu ihrem Glück aber war in den neuen Ostgauen noch viel zu tun.

Die Dresdner Bank konnte „bei dem erforderlichen Neubau der Kreditwirtschaft in der Ostmark und im Sudetenland erheblich mitwirken", rühmt der Geschäftsbericht für 1938. Doch nicht nur die Kreditwirtschaft durfte neu geordnet werden; die Dresdner Bank wurde beispielsweise auch bei der Arisierung der Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten bei Mährisch-Ostrau tätig.

Die Witkowitz-Werke, die Göring seinem „Reichswerke"-Konzern einzuverleiben wünschte, gehörten den Rothschilds. Die Verhandlungen führte der Arisierungsexperte Karl Rasche vom Vorstand der Dresdner Bank. Doch der Rothschild-Clan in Wien, Paris, London wollte Witkowitz nicht hergeben.

Schließlich fand sich ein Weg, die Rothschilds zu überzeugen. Zwei Tage nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich wurde Baron Louis Rothschild in Wien festgenommen. Er blieb als Geisel in Haft, bis der Vertrag zur Enteignung seines Unternehmens unterschrieben war.

In einem Brief an Karl Wolff, den Chefadjutanten des SS- und Polizeichefs Heinrich Himmler, dankte Vorstand Karl Rasche artig im Namen der Dresdner Bank. Die Verhaftung des Baron Louis habe obendrein dazu beigetragen, den Kaufpreis zu drücken.

Die Deutsche Bank wollte da nicht zurückstehen. Sie ließ den Generaldirektor der Hermann-Göring-Werke, Paul Pleiger, wissen, daß sie an „großen Engagements" beteiligt werden möchte. Und das wurde sie dann auch.

Hermann Josef Abs hatte sich nach der Besetzung des Sudetenlands an der „glücklichen Vergrößerung der Heimat" erfreut. Zuvor hatte bereits die „Heimkehr" Österreichs den Wirkungsbereich des Jungbankiers erweitert.

Darum ersuchte die Deutsche Bank den Reichsjustizminister, ihre Vorstandsmitglieder Hermann Josef Abs und Oswald Rösler von der Vorschrift des Aktiengesetzes von 1937 freizustellen, derzufolge ein Aufsichtsrat nicht mehr als zehn Mandate haben durfte. Die Ausnahmegenehmigung wurde erteilt.

Abs und Rösler durften danach „auf die Dauer von fünf Jahren über 20 Aufsichtsratssitze hinaus je bis zu fünf Aufsichtsratssitze in Aktiengesellschaften, deren Sitze sich in der Ostmark oder im Sudetenland befinden, übernehmen".

Die Banken, so sieht es der Wirtschaftshistoriker Manfred Pohl, waren damals einfach gezwungen, „ähnlich wie die Post und Eisenbahn als Dienstleistungsbetrieb in die besetzten Gebiete nachzufolgen". Genau gesehen setzten sie damit nur das fort, was mit der Arisierung in der Heimat begonnen wurde.

Die Widerstandsgruppe, die Hitler am 20. Juli 1944 in die Luft sprengen wollte, nannte die Arisierer verächtlich „Marodeure und Hyänen". Mit ihnen wollte „das deutsche Volk in Wahrheit auch gar nichts zu tun haben".

„Wer geglaubt hat, sich am jüdischen Vermögen bereichern zu können, wird erfahren, daß es eine Schande für jeden Deutschen ist, nach solchem unredlichen Besitz zu streben", hieß es in der Regierungserklärung, die nach Hitlers Höllenfahrt proklamiert werden sollte.

Der Führer überlebte die Bombe, die deutlichen Worte der Widerständler wurden nie gesprochen. Tausende von Deutschen haben sich an jüdischem Vermögen bereichert und ihren unredlichen Besitz mit Erfolg vermehrt.

In Festansprachen und Jubiläumsschriften wird dieser Erfolg nach 50 Jahren unbeschwert gefeiert – Leistung, die sich gelohnt hat. Von Schande spricht kein Mensch mehr. ◆

* Bei der Urteilsverkündung im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß am 22. Dezember 1947.